

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/228

Bonn, den 21. Dezember 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Beachtliche Leistungen</u> Verdientes Lob für Regierung und Große Koalition	46
2	<u>In Kummer und Sorge</u> Sportverbände blicken nach Bonn	50
3	<u>"Kieler Modell" - ungeeignet</u> Vernichtendes Urteil von Pädagogen	50
<u>Glosse</u>		
4	<u>Jackie als "Dekoration"</u>	31
5 - 6	<u>Im Schatten ständiger Bedrohung</u> Israels Arbeiterparteien auf dem Wege zur Einheit. Von unserem Korrespondenten in Israel, J. E. Palmon	99

Beachtliche Leistungen

Verdientes Lob für Regierung und Große Koalition

sp - Die von der Großen Koalition getragene Bundesregierung hat in der letzten Woche Bedeutsames geleistet - und dies ein dreiviertel Jahr vor den Wahlen zum 6. Deutschen Bundestag. Innerhalb einer Woche hat sie das Gesetz zur außenwirtschaftlichen Absicherung in einem Schnellverfahren über alle parlamentarischen Hürden gebracht, ein Gesetz, das dem deutschen Export zwar schmerzliche Opfer abverlangt, aber gleichzeitig die Einfuhren in die Bundesrepublik verbilligt, was zur Stabilität des Preisniveaus beitragen wird. Die vierprozentige Besteuerung des Exports und die in gleicher Höhe erfolgte Verbilligung der Importe ist im Verbund mit der Devisenhilfe an Frankreich der deutsche Beitrag zur Lösung einer Währungskrise, die weltweite Ausmaße anzunehmen droht.

Es mußte schnell gehandelt werden, die Zeichen standen auf Sturm. Die Bundesregierung zögerte nicht, die Initiative an sich zu reißen. Die große Mehrheit des Parlaments, des Ernstes der Situation bewußt, bereitete der Regierung keine Schwierigkeiten, obwohl es nicht an kräftigen Druckversuchen einflußreicher Lobbyisten fehlte, das Gesetz zur außenwirtschaftlichen Absicherung durch viele Ausnahmegestimmungen aufzuweichen. Wäre dies geschehen, wäre eine Schwächung der Position der Bundesregierung eingetreten, das Wort der Bundesregierung wäre unglaubwürdig geworden. Zum Glück traf dies nicht ein. Die Große Koalition widerstand den Versuchungen und lieferte den Beweis, daß sie rasch und entschlossen handeln kann, wenn es das Gebot der Stunde erfordert. Dieses Positivum sollte trotz aller Querelen nicht übersehen werden.

In der gleichen Woche verabschiedete das Parlament das Beförderungssteuergesetz, das Kernstück des Leber-Plans. Für den Historiker wird die Geschichte dieses Gesetzes eine aufregende Lektüre sein. Anderthalb Jahre lang richteten die Lobbyisten ein Trommelfeuer gegen den Initiator dieses Gesetzes, sie investierten viele Millionen in eine Kampagne, die den Leber-Plan zunichte machen sollte, eine Kampagne, gerichtet gegen alle verkehrspolitische Vernunft und Einsicht. Viele Abgeordnete waren mannigfachen Zwängen ausgesetzt, doch schließlich, als es hart auf hart ging, sahen sich die Lobbyisten um die meisten Früchte ihrer Bemühungen bedroht. Es bleibt bei der Verlagerung des Güterverkehrs für lange Strecken von der Straße zur Eisenbahn unter wettbewerbsmäßigen Bedingungen. Dieser Schritt in der richtigen Richtung löst zwar nicht alle Verkehrsnöte, aber setzt einen Anfang zur Bewältigung des Chaos auf unseren Straßen. Die Bundesbahn kann nun hoffen, in wenigen Jahren ihre Milliardendefizite loszuwerden.

Ist auch dies nicht eine beachtliche Leistung, nur denkbar durch die Große Koalition? Allein an diesen zwei so bedeutungsvollen Gesetzen erweist sich die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung, die vor zwei Jahren unter Erhard/Mende nicht mehr bestand, wodurch die Bundesrepublik in die größte Krise ihrer jungen Geschichte gestürzt wurde. Auch daran sollten sich die Kritiker der Großen Koalition gelegentlich erinnern.

+ + +

In Kummer und Sorge

Sportverbände blicken nach Bonn

E.D.Schm. - Die bundesdeutschen Sportorganisationen blicken nach Bonn. Wohl kaum hat in den letzten Jahren ein gesamtdeutsches Sportproblem soviel Aufmerksamkeit und Enttäuschung verursacht, wie die langsam zum Trauerspiel werdende Aktion "DDR-Embleme und Hymne im Sport". Was bei den Sportverbänden auf nationaler und internationaler Ebene zwischenzeitlich Selbstverständlichkeit geworden ist, läßt in Bonn auf sich warten:

Eine deutliche Stellungnahme der Bundesregierung zur Zweisamkeit von Politik und Sport, die "Duldung" der Flagge und Hymne des anderen Teils Deutschlands im Rahmen internationaler sportlicher Vereinbarungen und allgemein verbindlicher Gepflogenheiten, schlechthin ein Akt der Befreiung vom sportpolitischen "Schwebezustand", in dem sich der bundesdeutsche Sport nicht erst seit der IOC-Entscheidung von Mexico-City befindet. Wer sich von der vor wenigen Tagen stattgefundenen Fernsehdebatte "Mexico und die Folgen" etwas in dieser Richtung versprochen hatte, sah sich hart enttäuscht. Mit der lapidaren Äußerung von Innenminister Ernst Benda: "Die Spiele finden statt," können die Verantwortlichen des Sports in der Bundesrepublik recht wenig anfangen. Von erheblicher Bedeutung ist eine unverzügliche und verbindliche Entscheidung der Bundesregierung in Sachen "Flagge und Hymne" für die deutschen Sportfachverbände, die bei der Austragung von Europa- und Weltmeisterschaften mit der derzeitigen Rechtssituation immer noch kollidieren, wenn Sportler jenseits der Zonengrenze unter eigener Flagge und Hymne an diesen Veranstaltungen teilnehmen. Für eine Vielzahl von Sportfachverbänden auf internationaler Ebene war die Zulassung einer eigenen "DDR-Elite" längst vor der IOC-Entscheidung in Mexico eine Notwendigkeit, als Folge der zur Dauerkrankheit gewordenen "gesamtdeutschen Sportstreitereien". Die Tatsache, daß es heute praktisch keinen internationalen Sportverband mehr gibt, in dem nicht auch Sportvertreter des anderen Teils Deutschlands Sitz und Stimme haben, ist nicht erst eine Auswirkung von Mexico-City.

Ein weiteres Argument gegen jede weitere Verzögerung der längst fälligen "Sportregierungserklärung" lieferte die Bedrängnis, in die der Deutsche Sportbund und seine Verbände immer stärker geraten ist. Als der Deutsche Amateurboxverband keine "Flaggen und Hymnengarantie" für die Sportler des anderen Teils Deutschlands, entsprechend den Satzungen des Internationalen Verbandes, für die Austragung der Boxeuropameisterschaften 1969 auch nach Konsultationen mit dem Bundesinnenministerium geben konnte, waren für die rheinische Boxmetropole Köln die Meisterschaften nur noch ein Traum. Zwischenzeitlich ist man in Bukarest bereits kräftig mit der Vorbereitung dieser im Januar des kommenden Jahres stattfindenden Europameisterschaften beschäftigt. Nur ein baldiger weitsichtiger Schritt des für den Sport zuständigen Innenministers kann verhindern, daß die Rennrodelweltmeisterschaften am 1./2. Februar 1969 in Königsee und die Eisschnellauf-Europameisterschaften Ende Februar 1969 in Inzell die nächsten "Flaggen- und Hymnopfer" sein werden. Eine unverzügliche Erklärung der Bundesregierung könnte zweifellos dem Start eines neuen gesamtdeutschen Sportverbands hilfreich sein und den Sportverbänden der Bundesrepublik viel Kummer und Sorge abnehmen.

"Kieler Modell" - ungeeignet

Vernichtendes Urteil von Pädagogen

na. - Die CDU Schleswig-Holsteins täte gut daran, ihr sogenanntes "Kieler Modell", das mit Hilfe zwischengeschalteter Prüfungen und neuer Akademien glaubt, jedem Schüler einen Aufstieg geben zu können, in der Versenkung verschwinden lassen. Der CDU-Landesvorsitzende Ministerpräsident Dr. Lemke sollte nicht weiter bei seinen Parteifreunden in den anderen Bundesländern dieses Modell als eine mögliche Lösung der prekären Lage auf unseren Schulen anbieten. Inzwischen haben nämlich 13 Erziehungswissenschaftler der Kieler Universität sowie der Pädagogischen Hochschulen in Flensburg und Kiel ein vernichtendes Urteil über das "Kieler Modell" abgegeben. Diese Fachleute stehen bei weitem nicht alle auf Seiten der Sozialdemokraten. Es sind engagierte CDU-Persönlichkeiten darunter.

Das "Kieler Modell" war vom 19. Landesparteitag der CDU als eine angeblich neue bildungspolitische Konzeption grundsätzlich gebilligt worden. In ihm wurde die jetzt von den 13 Erziehungswissenschaftlern gründlich widerlegte Behauptung aufgestellt, die Kinder sollen die ihrem Leistungsvermögen entsprechenden Schulen besuchen und vollgültige Abschlüsse erreichen können. Diese Abschlüsse sollen wiederum die Chancen bieten, noch weiter zu kommen; "bis ganz nach oben".

Dagegenüber betonen die 13 Professoren und Dozenten, durch das Kieler Modell werde vielmehr die frühzeitige Entscheidung für einen bestimmten Bildungsweg der Kinder und damit für einen bestimmten sozialen Status beibehalten. Wörtlich heißt es: "Die vertikale Gliederung des Schulwesens wird durch das Modell nicht abgeschwächt, sondern verschärft." Die Durchlässigkeit, soweit sie in dem Modell überhaupt noch angesprochen werde, weise einseitig "nach unten". Die CDU habe in ihrem Modell weder Aufbauzüge noch Aufbauschulen erwähnt.

Das Kieler Modell rede auch nur der "fachgebundenen Hochschulreife" das Wort, stellten die 13 Erziehungswissenschaftler ferner fest. Damit hätten die jungen Leute keinen Zugang zur juristischen, philosophischen und theologischen Fakultät. Sie könnten die uneingeschränkte Hochschulreife nur durch Zusatzprüfungen, durch erhebliche zusätzliche Belastungen und Anstrengungen erlangen. Besonders kritisch wird betont, die im Kieler Modell angesprochene Gleichzeitigkeit der Abschlüsse aller Schularten "beruht auf ungleichen Berechnungsgrundlagen".

Die CDU Schleswig-Holsteins sollte sich nun schleunigst die Vorschläge der 13 Fachleute für eine große Schulreform in den Bundesländern zu eigen machen. Die Dreizehn erklären dazu, die Einrichtung differenzierender Gesamtschulen ist der einzig mögliche Ansatz zu einer erfolgreichen Umstrukturierung des Schulwesens. Man benötige große Variabilität in der Einschulung und Differenzierung schon in der Grundschule. Nach dem vierten Schuljahr müsse noch über unterschiedliche Bildungswege entschieden werden können. Nach dem 6. Schuljahr müsse noch ohne Schwierigkeiten ein Übergang zwischen allen Schularten möglich sein. - Die Lehrpläne sind zu modernisieren, moderne Unterrichtsmittel hinzuzuziehen und Prüfungsverfahren flexibler zu gestalten. Die Einrichtung von Ganztagschulen ist erforderlich, die Volksschulpflicht ist zu verlängern und bei der Lehrerbildung muß es zu verstärkter Durchlässigkeit kommen. Diese Fachfeststellungen haben die 13 Erziehungswissenschaftler dem Kieler Modell der CDU entgegengesetzt.

+ + +

GLOSSE:

Jackie als "Dekoration"

Während sich die amerikanische Öffentlichkeit, nachdem sich ihr Schock wegen des Verlustes, den die Heirat ihres Idols Jackie mit dem griechischen Reeder Onassis allmählich gelegt hat, wichtigeren Fragen ihres Alltags zuwendet, kommt verspätet ein Echo aus der Sowjetunion: MOSKOWSKII KOMSOMOLEX, eine führende sowjetische Jugendzeitschrift, ereifert sich heftig und attackiert nicht etwa Jackie Onassis, verwitwete Kennedy, sondern setzt den millionenschweren Onassis einer prasselnden Schimpfkanonade aus: Er habe Amerikas heiligsten Besitz (!) verführt und sich unterworfen und Jackie nur aus "Reklamegründen" geheiratet. Er sei ständig bemüht, sein eigenes Ansehen zu mehren, und in diesem Spiel sei Jackie nur eine "wertvolle Dekoration".

Man hat bei dieser Philippika den Eindruck, es sei hier ein gewisser Neid im Spiele. Setzen wir den - rein theoretischen - Fall, Jackie Kennedy hätte etwa den jungen sowjetischen Dichter Jewtuschenko auf einer seiner Vortragsreisen kennengelernt und ihm die Hand zum Bund gereicht statt dem 62 (vielleicht auch 69) Jahre alten Onassis! Wäre da MOSKOWSKII KOMSOMOLEX in Jubelhymnen ausgebrochen? Kaum vorstellbar, obwohl eine solche Heirat zweifellos die seit 1945 so schwächlich verlorengegangene sowjetisch-amerikanische Freundschaft neu belebt hätte. Die atomaren, ungeheuren finanziellen Anstrengungen, der kostspielige Bau von Anti-Anti-Raketen und der nicht minder teuren Radarabwehranlagen brauchten nicht mehr amerikanische und sowjetische Staatsbürger mit Milliarden Dollar und Rubel zu belasten, ja, man könnte das gesamte militärische Potential gemeinsam zur Verteidigung gegen ein möglicherweise aggressiv werdendes Rotchina einsetzen - ungeahnte Perspektiven hätte eine solche amerikanisch-sowjetische Ehe eröffnet!

Alle diese Möglichkeiten hat Onassis mit brutaler Hand zerstört. Ob wohl der Unmut der sowjetischen Jugendzeitschrift solchen Erwägungen entsprungen ist? Ich wage es zu bezweifeln...

Eafnir

Im Schatten ständiger Bedrohung

Israels Arbeiterparteien auf dem Wege zur Einheit.

Von unserem Korrespondenten in Israel, J. E. Palmon

Mit großer Mehrheit nahm die linkssozialistische "Vereinigte Arbeiterpartei Israels" (Mapam) eine Resolution an, durch welche die Bildung einer "gemeinsamen Front" mit der großen Arbeiterpartei gebilligt wird. 1967 hatten noch vier Arbeiterparteien bestanden: die von Eschkol geführte Mapei, neben ihr die Gruppe Rafi (geführt von Ben Gurion und Mosche Dajan) und die linkssozialistische Partei Achdut Awoda (Einheit der Arbeit). Nach langen peinvollen Verhandlungen schlossen sich diese drei Parteien zu einer großen Partei "Arbeitspartei" nach dem Muster der britischen Labour-Party zusammen, nur David Ben Gurion machte aus persönlicher Gegnerschaft gegen den Ministerpräsidenten Eschkol die Fusion nicht mit, ließ jedoch seinen Anhängern freie Hand.

Seit damals besteht die Arbeitspartei als größte politische Organisation in Israel und verfügt über 59 Mandate im Parlament. Die Differenzen, die vorher die einzelnen Gruppen voneinander getrennt hatten, sind noch nicht völlig überwunden, und daher ist auch der organisatorische Neuaufbau der Partei noch nicht vollendet. Gerade in diesen Wochen wird eine Neuregistrierung aller Mitglieder durchgeführt, um die genauen organisatorischen Unterlagen für die Partei zu schaffen. Zum Generalsekretär der Partei wurde vor einigen Monaten der bisherige Finanzminister Pinchas Sapir gewählt, ein Mann mit großer Energie, der eine Reihe von politischen und organisatorischen Entscheidungen durchkämpfte.

Die Meinungsverschiedenheiten in der Partei verlaufen zum Teil noch nach den ehemaligen Gruppenlinien, zum Teil gehen sie jedoch durch die ehemaligen Fraktionen hindurch. In den außenpolitischen Fragen (Frieden mit den Arabern und Grenzziehung) stehen sich Mosche Dajan und Vizeministerpräsident Allon (ehemals linkssozialistische Achdut Awoda) nahe und wollen schon jetzt Teile der besetzten Gebiete besiedeln. Demgegenüber will der Partei-Generalsekretär Sapir davon nichts wissen. Ministerpräsident Eschkol nimmt wiederum eine vermittelnde Haltung ein. Es gibt noch andere Beispiele für die Verschiebung der Meinungsgrenzen, aber bei allem stehen die außenpolitischen Probleme im Vordergrund, wie überhaupt die Sorge um die Sicherheit des Landes und die Selbstbehauptung Israels alle übrigen Probleme weit zurückdrängt. Oft wird geklagt, daß die Arbeitspartei gesellschaftlichen und sozialen Fragen nicht genügend Aufmerksamkeit schenkt, das Ringen an der "außenpolitischen Front" schiebt jedoch alle anderen Probleme in den Hintergrund.

Dieser Umstand hat auch dazu geführt, daß die noch abseitsstehende sozialistische Linkspartei Mapam jetzt eine "gemeinsame Front" mit der Arbeitspartei bilden will. Die Parteien vereinigen sich noch nicht völlig; aber bei den kommenden Wahlen zum Parlament, zu den Gemeinden und auch zur Landestagung der Zentralgewerkschaft Histadrut treten sie mit einer gemeinsamen Liste auf. Das Vorgehen im Parlament und in den Gemeinden rief nicht viele Probleme hervor, umstritten war dagegen die Taktik in der Zentralgewerkschaft Histadrut, weil die linkssozialisti-

sche Partei Mapam sich nicht auf den von der Arbeitspartei gebilligten Lohnstop und andere Maßnahmen für "Wirtschaftsfrieden" einlassen wollte. Nach langen Debatten wurden der Mapam gewisse "Sonderfreiheiten" auf diesen Gebieten zugestanden, und daraufhin erklärte sie sich zu einer gemeinsamen Liste auch bei der Histadrut-Konferenz bereit.

Die Mapam als linkssozialistische Partei hatte früher einmal gewisse Neigungen nach Osten gehabt. Die Landeskonferenz zeigte, wie sehr sich die Partei unter dem Einfluß der Wirklichkeit gewandelt hat. Der Generalsekretär der Mapam, Meir Jaari, der bisher Vorsitzender der "Friedensbewegung" in Israel gewesen war, erklärte mit aller Deutlichkeit, daß die Sowjetunion nach ihrem Vorgehen in der CSSR und angesichts ihres Verhaltens im Mittleren Osten nicht als Friedensfaktor angesprochen werden könne. Die Politik des kommunistischen Lagers wurde von ihm eindeutig verurteilt. Die Tagung der Mapam fand gerade einen Tag nach dem großen Bombenanschlag in Jerusalem statt, bei dem zwölf Personen getötet und 50 verletzt wurden. Abdul Asis Saoubi, ein führendes arabisches Mitglied der Mapam und Abgeordneter im israelischen Parlament (Knesset), verurteilte den Anschlag eindeutig und rief aus: "Als arabischer Patriot schäme ich mich!"

Auf der Tagung stimmten zwar knapp 40 Prozent der Delegierten gegen die Bildung der "gemeinsamen Front", weil sie den eigenen linkssozialistischen Weg der Partei weiter gehen wollten und Verwässerung und Verflüchtigung fürchteten. Aber diese Minderheit kann die Zeitwende nicht aufhalten, die im Parteiwesen Israels zu spüren ist und die unaufhaltsam auf eine Konzentration unter Überwindung von gegenstandslos gewordenen ideologischen Unterschieden hindrängt. Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß der Bildung der "Front" in spätestens zwei Jahren die völlige Vereinigung folgen wird und daß es dann in Israel nur eine Arbeiterpartei geben wird (mit 87 von 120 Parlamentsabgeordneten), neben der allein die Kommunisten übrig bleiben.

In Israel gibt es zwei kommunistische Parteien - die Israelische Kommunistische Partei (MAKI) ist in den meisten Fragen der Außenpolitik mit den anderen Arbeitergruppen solidarisch. Auch sie ist ein Kandidat für eine spätere Vereinigung.

Die zweite Gruppe, die sich "Neue Kommunisten" (Rakach) nennt, steuert dagegen den Moskauer Kurs, billigte die CSSR-Invasion und verurteilt Israels Vorgehen im Mittleren Osten - kann dabei ihre Meinungen im Rahmen der israelischen Demokratie frei zum Ausdruck bringen. Die große Mehrheit der Mitglieder der "Neuen Kommunisten" sind Araber, die in dieser Partei eine Zuflucht für oppositionelle Auffassungen gefunden haben. Für die Kommunisten in den arabischen Ländern sind jedoch auch diese "Neuen Kommunisten" nicht "zuverlässig" genug, da sie grundsätzlich die Existenz Israels billigen.

Die Billigung der "gemeinsamen Front" durch die linkssozialistische Mapam wurde allseitig begrüßt, wenn sich auch die Parteiführer klar sind, daß noch viele Schärfer abzuschleifen und Hindernisse zu überwinden sind. Auch in der Arbeitspartei selbst gibt es genügend Differenzen; mit am wichtigsten ist die Frage, wer nach den kommenden Wahlen die Partei führen und an der Spitze der Regierung stehen soll. Die "alte Garde" tritt für den Generalsekretär Pinchas Sapir ein, während das Ideal aller Jungen Mosche Dajan ist, der immer mehr an Boden gewinnt.